



Der Austausch mit Stephan Stracke im Paul-Löbe-Haus war für die Gäste aus dem Allgäu ein wichtiger Punkt ihrer abwechslungsreichen Reise ins politische Berlin.

Foto: Bundesregierung/StadtLandMensch-Fotografie

Geld löst nicht jedes Problem

Stracke zieht Bilanz nach einem Jahr in der Opposition

Berlin Zu einer Bildungsfahrt in das vorweihnachtlich geschmückte Berlin hatte der CSU-Bundestagsabgeordnete Stephan Stracke politisch interessierte Bürgerinnen und Bürger aus seinem Wahlkreis eingeladen. Sie konnten hier nicht nur in der letzten Sitzungswoche vor den Weihnachtsfeiertagen einen intensiven Blick hinter die Kulissen des politischen Berlins werfen, sondern sich in der Hauptstadt auch auf das schönste Fest des Jahres einstimmen lassen.

Der Besuch in der Schaltzentrale der Bundespolitik war für die Delegation ein Höhepunkt im Besichtigungsprogramm. Bei einer regen Diskussion mit Stracke kamen aktuelle politische Themen von Energiekrise bis Strompreisbremse zur Sprache. Neben Kritik an der Inflation, waren sich die Anwesenden auch einig in ihrer Kritik an der Neuverschuldung des Landes in Rekordhöhe.

„Die unionsgeführten Bundesregierungen haben mehrere Haushalte ohne Neuverschul-

dung vorgelegt und Schulden deutlich reduziert. Die Ampel macht nun neue Rekordschulden. Dadurch sind die Kosten für den Schuldendienst explodiert. Nur ein Jahr im Amt, muss Finanzminister Lindner zwölf Mal so viel für Kredite zahlen wie 2021“, rechnete Stracke vor und betonte: „Nicht jedes Problem wird gelöst, indem Geld nach dem Gießkannenprinzip ausgegeben wird. Unsere Haushaltspolitik darf nicht auf Kosten künftiger Generationen gehen.“

Nach einem Jahr auf der Oppositionsbank könne die Union aber auch das Fazit ziehen, dass Opposition, wenn sie sachlich, fachgerecht und beharrlich bleibe, ihre Wirkung nicht verfehle. Dies haben Beispiele wie die verhinderte Gasumlage aus dem Bundeswirtschaftsministerium ebenso gezeigt, wie die Auseinandersetzungen um das Thema Bürgergeld, die Stracke als arbeitsmarktpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion mitverhandelt hatte.